Foto: Wien Museum

Vida Bakondy

Ein Aufblitzen der Solidarität

Ein Demonstrationszug an einem kalten Wintertag auf der Kärntner Straße. Die Menschenmenge zieht durch die Wiener Innenstadt. Auf Transparenten und Schildern sind Botschaften in verschiedenen Sprachen zu lesen: „Egal wo Apartheid Nein" und „Tudi jaz hočem znati 2 jezika" *(Auch ich will zwei Sprachen sprechen. Anm. d. V.)*. Dazwischen ragt auch ein Transparent des „Vereins für österreichisch-türkische Freundschaft - Avusturya Türkiye Dostluk Derneği" hervor, der sich seit seiner Gründung im Jahr 1981 in Wien für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von türkischen Migrant_innen In Österreich einsetzt.

Die Aufnahme dürfte auf einer der Großdemonstrationen entstanden sein, die 1987 in Wien gegen eine geplante Schultrennung im gemischtsprachigen Gebiet Kärntens/Koroška stattgefunden und Tausende auf die Straßen gebracht hatten. Das Jahr 1987 markiert den vorläufigen Höhepunkt einer österreichweiten Solidaritätsbewegung gegen die Bestrebungen einer Allianz aus Kärntner Heimatdienst, Abwehrkämpferbund und FPÖ unter Führung Jörg Haiders. Diese forderten eine Trennung der Schüler_innen nach sprachlichen Kriterien im gemischtsprachigen Gebiet Kärntens/Koroška ein und hatten die Durchsetzung ihres Anliegens ein paar Jahre zuvor mit einer Petition und Volksabstimmung auf Landesebene gestartet.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und NS-Regimes war im zweisprachigen Gebiet Kärntens/Koroška der verpflichtende, zweisprachige Unterricht eingeführt worden. Das Ziel: durch das „aktive und passive Erlernen beider Landessprachen den an der *[slowenischen, Anm. d. V.]* Volksgruppe und am Zusammenleben angerichteten Schaden so weit wie möglich gut zu machen".[1] Darüber hinaus sahen die Landesbehörden darin die einzige wirksame Möglichkeit, um die Volksschule „aus dem Zugriff nationalsozialistischer Kreise zu befreien".[2]

Dreizehn Jahre später wurde der obligate zweisprachige Unterricht per Erlass durch den damals amtierenden SP-Landeshauptmann von Kärnten/Koroška, Ferdinand Wedenig, aufgehoben. Ab 1959 mussten Eltern ihre Kinder anmelden, wollten sie ihnen den Besuch des zweisprachigen Unterrichts ermöglichen. Ein dramatisches Absinken der Anmeldezahlen war die Folge. Landeshauptmann Wedenig reagierte damit auf Forderungen deutschnationaler Kräfte in Kärnten/Koroška, für die der Kampf gegen die zweisprachige Schule seit ihrer Neuformierung nach 1945 ein zentrales politisches Ziel darstellte. [3]

Im Juni 1988 stimmte im österreichischen Nationalrat eine Mehrheit für eine Reform des Minderheitenschulwesens, die in den wesentlichen Grundzügen den in den Jahren zuvor eingebrachten Forderungen von Kärntner Heimatdienst, Abwehrkämpferbund und FPÖ Rechnung trug. Fortan wurden Klassen, in denen mindestens neun Schüler_innen zum zweisprachigen Unterricht angemeldet waren, in eine zwei- und eine einsprachige Klasse getrennt. Für die nicht-trennbaren Klassen wurden als weitere Konsequenz sogenannte Assistenz- oder Zweitlehrer eingeführt, die über keinerlei Slowenisch-Kenntnisse verfügen mussten.[4]

Der Wunsch deutschnationaler Kräfte nach einer totalen Trennung der Schüler_innen nach sprachlichen Kriterien wurde zwar nicht realisiert, diese Reform hatte aber letztlich eine weitere Abwertung der im österreichischen Staatsvertrag von 1955 festgeschriebenen institutionellen Gleichberechtigung der slowenischen Sprache in Kärnten/Koroška zur Folge, meint Mirko Wakounig, Gründungsmitglied des „Überparteilichen Komitees zur Verteidigung der zweisprachigen Schulen in Kärnten". Das Komitee war 1984 mit dem Ziel gegründet worden, die geplante Aushebelung des zweisprachigen Unterrichts in Kärnten/Koroška zu verhindern. Österreichweit wurden Diskussionen, Tagungen und Großdemonstrationen organisiert und Allianzen mit rund 200 zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und auch Universitäten gebildet. Auch wenn die Reform des Minderheitenschulwesens trotz des Widerstandes einer österreichweiten Solidaritätsbewegung nicht verhindert werden konnte, wurden in der Bewegung wesentliche Grundsteine für die Bildung zukünftiger minoritärer Allianzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gelegt – etwa jener der Initiative Minderheiten. [5]

Auch das eingangs beschriebene Foto ist ein Zeugnis dieser Politik der Solidarität. Im Bild blitzt eine andere Logik der Politisierung auf – die der Solidarisierung, in der das Primat der Durchsetzung partikularer Interessen für einen Moment aufgehoben ist. „Man steht im Abseits, sucht Partner, solidarisiert sich und unterstützt grundsätzlich die Gleichberechtigung aller", begründet Niyazi Ogun, Obmann des „Vereins für österreichisch-türkische Freundschaft – Avusturya Türkiye Dostluk Derneği", die Teilnahme der Vereinsmitglieder an der Demonstration gegen die Schultrennung in Kärnten. Vermutlich fußte dieser Solidaritätsakt auch auf dem Bewusstsein, dass zwischen Kärntner Slowen_innen und Migrant_innen aus der Türkei trotz vielfacher Differenzen – etwa in Bezug auf ihren sozialen und rechtlichen Status – auch eine grundlegende Gemeinsamkeit existiert: Ihre Präsenz stellt das nationalstaatliche Konstrukt von einer imaginierten ethnischen und sprachlichen Einheit in Frage, fordert es beständig heraus und ist dadurch bis heute Zielscheibe nationalistischer chauvinistischer Politik.

[1] Kladivo, Zeitschrift für Kärntner Verhältnisse, Jg. XVIII, Nr. 11/87.
[2] Ebd.
[3] Vida Obid/Mirko Messner/Andrej Leben: Haiders Exerzierfeld. Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft, Wien: promedia 2002, 70ff.
[4] Ebd.
[5] So lernten sich zwei Gründungsmitglieder der **Initiative Mindeheiten,** Michael Örtl und Mirko Wakounig, bei einer Konferenz zu interkultureller Bildung und zweisprachiger Schule kennen, die ihren Ausgangspunkt in der Solidaritätsbewegung hatte, und schmiedeten Pläne für zukünftige Allianzen.